

(26.07.2019 – 15.08.2019)

Grüner Pressespiegel

Parteivorstand

14.08.2019 – CSD Kassel: Grüne demonstrieren für LSBT*IQ-Rechte

Am 17. August findet in Kassel der Christopher Street Day (CSD) statt. Ab 12 Uhr werden die Grünen wieder zusammen mit hunderten anderen Demonstrant*innen ein Zeichen für die Akzeptanz von und mehr Rechte für LSBT*IQ¹ setzen.

Dazu erklären Vanessa Gronemann und Daniel Stein, Vorsitzende der Kasseler Grünen: „Wir freuen uns, dass es trotz der Unklarheiten über die Nachfolge des CSD-Vereins weiterhin einen CSD bei uns in Kassel gibt und danken den Organisator*innen für ihre Arbeit. Gerade zur heutigen Zeit ist es wichtig, den wieder zunehmenden Anfeindungen aus dem rechten Lager entschieden entgegenzutreten.“

Seit Ende 2018 gibt es die sogenannte „Dritte Option“, eine Reform des Personenstandsrechts, die die Anpassung des Geschlechtseintrags zu „divers“ oder dessen Streichung ermöglicht. Auch in Kassel hatte es im vergangenen Jahr eine Soli-Demo für die dritte Option gegeben. Trotzdem bleibt die Reform weit hinter den Forderungen und Bedürfnissen der Betroffenen zurück.

„Mit der Ehe für alle und der dritten Option ist noch längst nicht alles erreicht.“, betonen Gronemann und Stein. „So gibt es bis heute weder ein Verbot von Operationen an intersexuellen Kleinkindern noch eine vollständige geschlechtliche Selbstbestimmung für trans* Menschen. Der im Mai von Innen- und Justizministerium vorgelegte Entwurf für die langerwartete Reform des sog. Transsexuellengesetzes, würde die Situation von trans* Personen mehr verschlimmern als verbessern. Es bleibt abzuwarten, ob der nächste Entwurf die Kritik der LSBT*IQ-Verbände berücksichtigt. Zudem müssen wir hart erkämpfte LSBT*IQ-Rechte immer wieder gegen Angriffe von rechts verteidigen. Wir werden also weiterhin für Akzeptanz, Sichtbarkeit und mehr Rechte auf die Straße gehen!“

Karin Müller, MdL

12.08.2019 – Müller (Grüne): Pedale statt Streifenwagen: Polizei Nordhessen ab sofort noch umweltfreundlicher unterwegs

Neben Segways und elektrisch angetriebenen Fahrzeugen werden künftig bei der hessischen Polizei

auch Pedelecs zum Einsatz kommen. Möglich macht es das Polizeipräsidium Nordhessen mit Sitz in Kassel und das Hessische Polizeipräsidium für Technik in Wiesbaden, welche einen Standard für Pedelecs erstellt haben. Dazu die Kasseler Landtagsabgeordnete der Grünen, Karin Müller: „Das ist eine Maßnahme von der alle profitieren. Umweltfreundliche Fortbewegungsmittel sind das Thema der Zukunft und werden für uns in den Städten immer wichtiger werden.“ Die Pedelecs können als Fahrradstreife eingesetzt werden, im Rahmen von Großveranstaltungen, wie zum Beispiel dem Hessentag oder bei der Begleitung diverser Sportveranstaltungen. „Ein Dank geht an das Polizeipräsidium Nordhessen in Kassel, welches einen wichtigen Beitrag zur Standardisierung gegeben hat und so zur Einsatzbereitschaft der Pedelecs verhilft.“ Das Land Hessen fördert diese ökologische Maßnahme mit insgesamt 22.500 Euro. „Es ist gut, dass die hessische Polizei vorbildlich und ökologisch mit dem Wandel der Zeit vorangeht“, so Müller.

Die Pedelecs erreichen mit elektrischer Tretunterstützung bis zu 25 Stundenkilometern. Die-se Unterstützung erfolgt durch einen Elektromotor mit max. 250 Watt. Die bis zu 160 kg belastbaren Pedelecs sind zudem mit einer stromsparenden LED-Beleuchtung, einem 500 Wattstunden-Rahmen-Akku für rund 100 Kilometer Reichweite sowie einem Multifunktionsdisplay inklusive Navigationssystem ausgestattet.

Rathausfraktion

08.08.2019 – Kohleausstieg 2028 – Klimaziele lassen keinen Raum für fossile Energieträger

„Wir müssen so schnell wie möglich raus aus der Kohle“, sagt die umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion, Christine Hesse. Daher begrüßt die umweltpolitische Sprecherin den Weg der Städtischen Werke, den Kohleausstieg in Kassel für 2028 zu planen. „Doch um den Zielen des Pariser Klimaabkommens gerecht zu werden, setzen wir uns weiter dafür ein, den Ausstieg in Kassel so weit wie möglich nach vorne zu verlegen.“

Das Bündnis Kohlefrei Kassel setzt da schon deutlich an der richtigen Stelle an. Mit Ihren Forderungen 2023 den Ausstieg zu wagen, stoßen sie bei uns Grünen auf großen Zuspruch. „Inwieweit das sozialverträglich realisierbar sein könnte, werden wir allerdings noch überprüfen müssen“, so Hesse. „Klar ist: Die Stadt muss beim Ausstieg aus der Kohle viel ambitionierter handeln. Gleichzeitig ist es unabdinglich, dass die

¹ Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* Personen, Intersexuelle, queere Personen

Energieversorger schon jetzt viel mehr in den Aufbau einer Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien investieren.“

Kein anderes Land verbrennt so viel Braunkohle wie Deutschland, dabei werden durch Braunkohle nicht nur Unmengen von CO₂ in die Luft geblasen, sondern auch Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber. Das ist nicht nur für die Umwelt eine Katastrophe, sondern dieser giftige Mix kann Atemwegeschädigen, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Schlaganfälle auslösen. „Daher ist ein zeitnahe Ausstieg für die Umwelt, aber auch für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen unabdingbar“, betont Christine Hesse.

Partei Vorstand

08.08.2019 – Diskussion „Wie weiter mit dem Verfassungsschutz? Neugründen oder abwickeln?“

Der Verfassungsschutz ist in jüngster Zeit nicht nur aufgrund seines Agierens in der NSU-Mordserie oder des Verhaltens seines ehemaligen Präsidenten Hans-Georg Maaßen wiederholt in die Kritik geraten. Hinzu kommt eine Serie von Pannen und Skandalen, die ihn seit seiner Gründung begleitet. Doch wie soll es weitergehen mit dieser Behörde? Ist der „Verfassungsschutz“ ein normaler Inlandsgeheimdienst wie anderswo auch? Welche strukturellen Reformen braucht es? Müssen wir den Verfassungsschutz neugründen oder ihn gar ganz abwickeln? Wie sehen die grünen Konzepte für einen Neustart aus?

Darüber diskutieren am 15. August 2019 ab 19 Uhr in der Caricatura-Galerie, Rainer-Dierichs-Platz 1, 34117 Kassel folgende Gäste:

Prof. Claus Leggewie (Universität Gießen) und Dr. Horst Meier (Jurist, Kassel), Autoren des Buchs „Nach dem Verfassungsschutz. Plädoyer für eine neue Sicherheitsarchitektur der Berliner Republik“, Dr. Konstantin von Notz, Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Innenausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr), und Vanessa Gronemann, direktgewählte Kasseler Landtagsabgeordnete und Mitglied im Innenausschuss des hessischen Landtags.

Moderiert wird die Veranstaltung von Nicole Maisch.

Rathausfraktion

05.08.2019 – Grüne sehen flächendeckende Videoüberwachung kritisch

Die Ankündigung von Oberbürgermeister Christian Geselle, die Königsstraße vom Stern bis zur Fünffensterstraße mit Videoüberwachung zu versehen, wird von den Kasseler Grünen kritisch gesehen. „Nach geltendem Recht in Hessen ist eine Videoüberwachung nur zulässig, wenn ‚tatsächliche

Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten drohen‘. Rein subjektive und nur gefühlte Sicherheitsbedrohungen reichen in keinem Falle aus“, stellt der rechtspolitische Sprecher der grünen Rathausfraktion, Dr. Andreas Jürgens, fest.

„Der Oberbürgermeister hat im Interview die Darstellung Kassels als brauner Sumpf zu Recht zurückgewiesen. Warum er dann dem ebenso falschen Vorurteil von der Kasseler Innenstadt als Moloch der Kriminalität selbst das Wort redet, ist nicht nachvollziehbar“ so Jürgens. Wer subjektive Empfindungen zur Grundlage von Entscheidungen mache, verabschiede sich von rationaler Politik. In jedem Falle solle der Hessische Datenschutzbeauftragte eingeschaltet werden, um sicherzustellen, dass in Kassel nur rechtmäßige Videoüberwachung eingesetzt werde, fordert Jürgens. Außerdem müsse alles mit der Polizei und dem Haushalt des Landes abgestimmt sein. „Kameras alleine bringen gar nichts, wenn die Struktur nicht zur Verfügung steht, also Beamte, die die Kameras beobachten und eine Leitstelle, in der die Aufnahmen eingehen. Die möglichen Sicherheitseffekte stehen beim flächendeckenden Einsatz nicht in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand“ ist Jürgens sicher. Die Grünen seien zudem überrascht vom erneuten Alleingang des Oberbürgermeisters. "In der Koalition war vereinbart, zuerst ein Konzept zu erstellen, nach dem sich dann die Maßnahmen richten. Daran sollte er sich im Sinne einer guten Zusammenarbeit in der Koalition auch halten“, stellt der Politiker abschließend fest.